

Integration

Die Tatsache, dass wir seit mehreren Jahren verstärkt über Integration sprechen, ist eine positive Entwicklung und beileibe keine Selbstverständlichkeit. Integration war lange Zeit kaum ein Thema in Deutschland. Und wenn doch, dann eher in den Orchideenblättern und hinteren Seiten der Zeitungen. Das hat sich gründlich geändert, auch wenn die Mixtur aus Polemik, Emotionalität und Islamophobie in den Medien manchmal ein ungutes Gemisch ergibt. Aber immerhin: Wir reden drüber.

Deutschland ist ein Einwanderungsland

Das ist die Erkenntnis, für die unsere Gesellschaft so lange benötigt hat. Noch bis Kurzem haben sich vor allem die konservativen Kräfte - durchaus quer durch alle Gesellschaftsschichten - schwer damit getan, die De-facto-Lage im Einwanderungsland Deutschland anzuerkennen.

Wie sieht diese De-facto-Lage aus? Seit den Zuwandererwellen in den Sechziger Jahren hat sich unsere Gesellschaft stark verändert. So sehr, dass hierzulande heute 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben. In Großstädten hat sogar jedes dritte bis zweite Kind eine Einwandererbiografie.

Langsam begreifen die Eliten dieses Landes, dass diese Menschen keine „Gastarbeiter“ sind, die bald wieder „zurück“ gehen (wohin ist dieses „zurück“?). Als 1999 Johannes Rau zum Bundespräsidenten gewählt wurde, ertete er noch harsche Kritik, als er betonte, er wolle das Staatsüberhaupt aller hier lebenden Menschen sein. Im Jahre 2008, beim Brand in Ludwigshafen, stellt sich sogar eine CDU-Kanzlerin vor die Zuwanderer und sagt, ich bin auch eure Kanzlerin. Das ist ein Quantensprung in dieser Frage. Neun Jahre hat das gebraucht, und es lässt auf Weiteres hoffen!

Dennoch beherrscht immer noch ein Grundübel die Debatte um Integration: All zu oft werden Probleme ethnisiert, das heißt auf eine vermeintliche Kultur des Herkunftslandes gemünzt. Beispiel Jugendkriminalität: In der richtigen und wichtigen Diskussion um kriminelle Jugendliche identifizierten Politik und Medien das ein und andere Mal eine vermeintliche arabische Herkunft der Täter als Ursache für die Gewaltdelikte. Ob die Personen in ihrem Leben überhaupt schon einmal in arabischen Staaten waren, darf man bezweifeln. Und wenn gebietet ihre „Kultur“ allenfalls den Respekt vorm Alter - ältere Männer auf der Straße oder in der U-Bahn zu verprügeln gehört ganz sicher nicht zum Wertekanon einer „arabischen Welt“. Dieser Kulturbegriff ist in der Regel nichts anderes als der Versuch, eine einfache Ursache für ein kompliziertes Problem zu finden.

Dahinter steht ein alter, von der Soziologie längst ad acta gelegter Kulturbegriff, der Kultur als etwas Statisches und Unveränderbares darstellt. Kultur aber entsteht in kleinen Räumen immer wieder aufs Neue - dem Stadtviertel oder dem Dorf etwa -, und spiegelt hier die Umstände wider. Gewalt jugendlicher Straftäter ist meist ein Produkt sozialer Probleme, gewachsen auf dem Humus einer Reihe von Unterschichtsphänomenen, wie beengter Wohnverhältnisse, Gewalt in den Familien, mangelnde Bildung und vielen anderen Faktoren. Hier findet man die Stellschrauben, an denen zu drehen sich lohnt.

Im Mittelpunkt steht jedoch die Bildung, die für alle ein gangbarer Weg raus aus der persönlichen Misere

02-08: Migration

von: Dr. Lale Akgün (Mitglied des deutschen Bundestags (MdB), Köln) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

ist. Gerade für junge Frauen und Männer sind innerfamiliäre Traditionen, die im Angesicht der sozialen Probleme wieder zur angeblichen Problemlösung hervorgekramt werden, das größte Hindernis auf der Bildungsleiter. Viele junge Frauen aus Migrantenfamilien müssen sich beispielsweise mit großem Kraftaufwand aus der familiären Umklammerung lösen: Wie selbstverständlich haben sie ihren Müttern im Haushalt zu helfen, während ihre Mitschülerinnen Hausaufgaben machen können. Junge Männer wachsen hingegen oftmals mit einem Bündel an dominanten Männlichkeitsvorbildern auf und entwickeln sich zu „kleinen Prinzen“.

Um sich aus dieser familiären Umklammerung zu lösen, bilden sich junge Frauen. Gute Noten schaffen Distanz zum Elternhaus, und Mädchen wissen offenbar, dass sie mit Fleiß und Zielstrebigkeit die Chance auf ein selbstbestimmteres Leben haben. Jungen Männern bietet Bildung die gleichen Perspektiven, und Schule sowie die weiteren Institutionen stehen vor der schwierigen Aufgabe, den Mehrwert von Bildung gegenüber bildungsfeindlichen Männlichkeitsrollen zu behaupten. Dieser Bildungsprozess muss schon im Frühkindalter anfangen, und wir benötigen dringend besser ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher, die genau und zielgerichtet solche Defizite bekämpfen.

Damit ist es aber nicht getan. Darüber hinaus müssen alle Bildungsinstitutionen - Schule und Ausbildungsbetrieb - ineinander greifen, und auch noch in späteren Jahren ist Bildung für Migranten ganz besonders wichtig, bis hin zur beruflichen Aus- und Weiterbildung. Aber es ist auch klar: Je später etwa Sprache gelernt wird, desto aufwändiger und langwieriger dauert der Lernprozess - und desto teurer kommen der Gesellschaft solche Weiterbildungsmaßnahmen.

Integration läuft zu einem großen Teil über den Zugang zur Gesellschaft über Arbeit. Aber selbst alle sozialen Integrationsmaßnahmen, Arbeit und Weiterbildung, bringen Integration nur mühsam voran, wenn die Gesellschaft nicht für ein freundliches Aufnahmeklima sorgt. Ein Klima, in dem sich Zuwanderer willkommen fühlen und spüren, dass sie ein Teil der Gesellschaft sind. Viele Zuwanderer fühlen sich zeitlebens als Ausländer fremdidentifiziert und exotisiert - mit allen psychosozialen Folgen. Wenn ein Mensch permanent in eine Schublade gesteckt wird, wird er es sich in Zukunft dort gemütlich machen.

Über die Anerkennung hinaus müssen wir auch die politische Partizipation von Migranten ausbauen. Nur drei Prozent der Türken, Italiener und Menschen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens sind heute Mitglieder einer Partei. Nur elf Prozent geben an, ein starkes Interesse an Politik zu hegen, bei den Deutschen sind das immerhin 31 Prozent. Auch sind Menschen mit Migrationshintergrund im Bundestag, den Länder- und Kommunalparlamenten mit nur 0,03 Prozent hoffnungslos unterrepräsentiert.

Noch immer sind die Hürden für die deutsche Staatsbürgerschaft sehr hoch, weil wir hierbei am Ius Sanguinis, dem Abstammungsprinzip, festhalten. Wir sollten aber nicht nur Einbürgerungen forcieren, sondern auch Verwaltungen, Parteien und Vereine den Zugewanderten öffnen. Das ist zwar vornehmlich eine rechtliche oder formale Frage, aber natürlich nicht ausschließlich: Wer hat schon Lust, bei der Freiwilligen Feuerwehr der ewige Türke, Russe oder Serbe zu sein?

Aber natürlich müssen auch Zuwanderer etwas leisten: Es führt kein Weg daran vorbei, gewisse

02-08: Migration

von: Dr. Lale Akgün (Mitglied des deutschen Bundestags (MdB), Köln) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

Akkulturationsleistungen zu erbringen. Dazu gehört selbstverständlich auch, Deutsch zu lernen. Aber natürlich sollten auch Traditionen abgelegt werden, die mit einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren sind: Ich denke hier zum Beispiel an die Diskriminierung von Frauen - eine Folge überkommener patriarchaler Strukturen. Dazu unterstütze ich beispielsweise eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Feministinnen aus dem islamischen Kontext eine Bühne bieten.

Der Begriff der Assimilation eignet sich nicht als Kampfbegriff. Assimilation ist dabei in vielen Schattierungen denkbar, das muss ein jeder Zuwanderer für sich selbst entscheiden. Es gibt jedoch eine Minimalanforderung, die wir als Gesellschaft von jedem Menschen hierzulande - egal woher er stammt - verlangen müssen: die Anerkennung unseres Grundgesetzes und das Handeln danach. Der Politikwissenschaftler Dolf Sternberger hat in den Siebziger Jahren den Begriff des „Verfassungspatriotismus“ geprägt, ein Begriff, den Jürgen Habermas aufgegriffen hat. Darunter versteht man die Identifikation des Bürgers mit den Grundwerten, den Institutionen und den Verfahren unserer Verfassung sowie die aktive Rolle des Staatsbürgers. Ersteres ist notwendige Bedingung für Integration, Letzteres ist ein Ziel, das wir forcieren müssen. Wir in Deutschland haben generell einen Mangel an republikanischem Denken, das den Bürger in seiner Selbstverantwortung in den Mittelpunkt stellt. Das ist im Übrigen kein Mangel der Zuwanderer, sondern ein gesamtgesellschaftlicher. Hierzulande wird zu viel nach dem Staat gerufen und zu viel in „die da oben“ und „wir hier unten“ polemisiert.

Leider ist es schwierig, in unserer Mediengesellschaft mit einer differenzierteren Betrachtungsweise durchzukommen. Integration wird mehr oder minder unbewusst als Problemfall identifiziert, dabei lassen sich solche pauschale Urteile durch nichts rechtfertigen. Zuwanderer bestimmen in hohem Maße positiv unsere Gesellschaft und wirken wie eine „Frischzellenkur“ für eine alternde Gesellschaft: Man kann sogar soweit gehen und sagen: dort, wo keine Zuwanderung stattfindet, sterben Strukturen aus. Beispielsweise die Städte als urbane und vielschichtige Zentren, die ohne die belebende Vielfalt der Einwanderer-Geschäfte und Unternehmen wesentlich ärmer wären. Natürlich herrscht bei einigen Einwohnern auch Argwohn ob der sich verändernden Umgebung - aber man muss eben auch deutlich machen, wie sehr uns allen die von Einwanderern geprägten Stadtstrukturen in Fleisch und Blut übergegangen sind: etwa der Kiosk, der die halbe Nacht geöffnet hat, statt um 20 Uhr zu schließen.

Neben Bildung, Aus- und Weiterbildung spielt bürgerschaftliches Engagement eine wichtige Rolle bei der Integration. Ehrenamtliche übernehmen vielerorts Patenschaften für Neubürger, helfen ihnen in schulischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Dingen. Migrantinnen und Migranten, die schon längere Zeit in Deutschland leben, können ihr Wissen über Land und Leute, Sprache und Mentalität über die Deutschen an Neuankömmlinge weitergeben. Diese Modellprojekte funktionieren, wie die Praxis schon seit einiger Zeit zeigt, sehr gut. Es gibt eine Art „Eingliederungsverträge“, mit denen freiwillige Integrationslotsen Einwanderern bei den ersten Schritten helfen. Die Evaluierung dieser Projekte hat ergeben, dass Zuwanderer, die einen solchen „Vertrag“ abgeschlossen haben und entsprechend unterstützt werden, größere Fortschritte zeigen als eine Vergleichsgruppe von Zuwanderern, denen nicht geholfen wird.

Über die sozialen Fragen hinaus gibt es natürlich auch große Fragezeichen hinter der Verträglichkeit von Staat und Religion - und hierbei diskutieren wir meist über den Islam. Ich werbe für einen säkularen und demokratischen Islam, der die Trennung zwischen Staat und Kirche akzeptiert. Die Tatsache, dass wir in

02-08: Migration

von: Dr. Lale Akgün (Mitglied des deutschen Bundestags (MdB), Köln) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

Deutschland mit islamistischen Strömungen zu kämpfen haben, hat auch damit zu tun, dass es hierzulande keine Ausbildung von Imamen gibt, und dass es auch erst neuerdings islamische Lehrstühle an deutschen Universitäten gibt. Statt auf einen europäisierten Islam zu setzen, haben wir es zugelassen, dass ausländische, oft fundamentalistische Kräfte den Islam für und in Deutschland auslegen. Es gibt islamische Zentren, die beispielsweise von der ägyptischen Muslimbruderschaft protegiert werden - und deren Politik hat wenig mit den hiesigen Lebensgewohnheiten zu tun.

Vor fundamentalistischen Tendenzen darf der säkulare Staat nicht einknicken: Gerade wenn wir Muslime als gleichberechtigten Teil dieser Gesellschaft anerkennen, können wir auch das Gleiche von ihnen erwarten wie von Christen, Buddhisten, Juden oder Atheisten: nämlich unbedingte Einhaltung der Verfassung und Gesetze unseres Landes. Natürlich kann es niemals zur Debatte stehen, die Sharia oder eine andere religiöse Gesetzessammlung zum Leitstern einer säkularen Rechtssprechung zu machen. Beispiele, die ab und an durch die Medien geistern, sind Einzelfälle und durch nichts und niemanden zu rechtfertigen.